

KURZ UND PRÄGNANT

1,5 Millionen Euro für Entschädigungsfonds

Wie die Vertreter der rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen informieren, wird der Entschädigungsfonds für Opferangehörige und von den NSU-Verbrechen Betroffene mit 1,5 Millionen Euro ausgestattet. Dazu Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion: „Diese finanzielle Entschädigung kann keine Wiedergutmachung sein. Wir wollen damit aber ein Zeichen setzen, dass wir uns der Verantwortung bewusst sind. Es ist der Versuch, eine Minderung der bei den Angehörigen und Betroffenen entstandenen finanziellen Schäden zu erreichen.“ Die Abgeordnete forderte, auch andere Bundesländer sollten sich an dem Fonds beteiligen.

Zudem solle Thüringen mit dem Bau eines Mahnmals dazu beitragen, die Opfer in den Fokus zu nehmen, so die Landtagsabgeordnete Madeleine Henfling (Grüne). Sie unterstrich, dass dies insbesondere in dem Bundesland geschehen müsse, aus dem der NSU stamme. Die SPD-Abgeordnete Birgit Pelke sagte, das Gedenken an die Opfer brauche einen festen Ort. „Daher ist es moralisch geboten und politisch konsequent, im Freistaat eine solche Erinnerungs- und Mahnstätte zu schaffen.“ Wo diese entstehen soll, ist noch unklar, ebenso auch, wie das Mahnmal aussehen könnte. ■

Gleichstellungsgesetz wird novelliert

Zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung am 3. Dezember hatte Karola Stange, behindertenpolitische Sprecherin der Linksfraktion erklärt: „Ein wichtiges Ziel der UN-Behindertenrechtskonvention ist, das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die Rechte und Probleme von Menschen mit Behinderung zu schärfen und Vorurteile abzubauen. Mit Blick auf die UN-Konvention ist Thüringen auf einem guten Weg, was deren Umsetzung betrifft. Uns ist es ein wichtiges Anliegen, die Situation der Menschen mit Behinderungen im Sinne einer möglichst umfassenden selbstbestimmten Lebensführung weiter zu verbessern.“

Ein wichtiges Projekt von Rot-Rot-Grün im Bereich der Behindertenpolitik ist die Novelle des Behindertengleichstellungsgesetzes, die zu Beginn des nächsten Jahres in den Landtag eingebracht wird. In den letzten Monaten hat die Thüringer Regierungskoalition bereits für deutliche Verbesserungen für Menschen mit Behinderung gesorgt. ■

Demokratie wird ein Themenschwerpunkt

Im Dezember-Plenum Gesetzentwürfe zu direkter Demokratie und Transparenzregister

Die Landtagssitzung im Dezember wird von den rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen zu einem Themenschwerpunkt in Sachen Demokratie gemacht. Besonders im Fokus dabei: Der Gesetzentwurf zum Ausbau der direkten Demokratie auf Landesebene.

Kernpunkt des Gesetzentwurfs ist die Reform des so genannten Finanzvorbehalts bei Volksbegehren und Volksentscheiden. Zukünftig sind nur noch Volksbegehren zum Landeshaushaltsgesetz, zu Abgaben, Versorgungsbezügen und Personalentscheidungen unzulässig. Das heißt in der Praxis: Per Volksbegehren sind auch gesetzliche Regelungen möglich, die zu Mehrkosten für den Landeshaushalt führen. Nur Dinge, die sich auf den schon laufenden Jahreshaushalt beziehen, sind ausgeschlossen.

Das Modell entspricht der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts Berlin. Damit können die Menschen in Thüringen zukünftig über viel mehr Themen direkt mitbestimmen als bisher. Im neuen Artikel 82 der Verfassung ist aber auch ein so genannter Deckungsvorschlag festgeschrieben, d.h. die Initiatoren eines Volksbegehrens müssen in der Begründung ihres Gesetzentwurfs sagen, woher sie das Geld zur Finanzierung nehmen wollen. Der Reformgesetzentwurf der Koalition

enthält noch weitere Verbesserungen: So werden die Quoren (Anzahl der notwendigen Unterschriften) für ein erfolgreiches Volksbegehren auf vier Prozent (bei Amtssammlung) und auf fünf Prozent (für freie Sammlung) halbiert.

Der Bürgerantrag (nur für wahlberechtigte Deutsche), mit dem Themen zur Debatte im Plenum in den Landtag gebracht werden können, wird zum Einwohnerantrag umgestaltet. Zukünftig können alle Einwohnerinnen und Einwohner Thüringens ab 14 Jahre und unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit dieses Instrument nutzen.

Der „legislative Fußabdruck“

Das Anliegen muss von 10.000 (bisher 50.000) Menschen per Unterschrift unterstützt werden. Im Gesetzentwurf ebenfalls enthalten ist die Senkung des aktiven Wahlalters für Landtagswahlen von 18 auf 16 Jahre. Die Altersgrenze 16 gilt nach einer schon erfolgten rot-rot-grünen Reform bereits auf kommunaler Ebene.

Im Dezember-Plenum wird auch ein R2G-Gesetzentwurf zur Einrichtung eines „Beteiligtransparenzregisters“ beim Landtag beraten. Aus diesem Register bzw. dieser Datenbank sollen die Bürger in Thüringen erfahren, welche „Externen“ (Verbände, Organisationen, Einzelfachleute usw.) sich mit welchen Inhalten an der Erarbeitung

von Gesetzen beteiligt haben und wie deren Vorschläge sich auf die Inhalte des Gesetzes ausgewirkt haben, d.h. wie die Abgeordneten bei ihrer Entscheidungsfindung damit umgegangen sind.

Offengelegt werden soll dabei auch, ob die Vorschläge auf Grundlage eines Gutachtenvertrages o.ä. erfolgt sind und welche Vergütung dabei geflossen ist. Fachleute sprechen hier vom „legislativen Fußabdruck“. Das Verfahren soll auch bei anderen parlamentarischen Initiativen Anwendung finden.

Diese verbesserte Transparenz bzw. Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen des Parlaments soll das Vertrauen in die Arbeit des Landtags stärken, aber auch kritische Nachfragen der Bürger besser möglich machen. Zu beiden Gesetzentwürfen sind öffentliche Anhörungen geplant.

In Sachen Demokratie sind bei den Koalitionsfraktionen noch weitere Vorhaben in Arbeit, so z.B. ein „Paritätsgesetz“, mit dem die paritätische Besetzung („Quotierung“) von Frauen und Männern auf Kandidatenlisten für Wahlen gesetzlich und verbindlich für alle Parteien festgeschrieben werden soll. Bisher machen das manche Parteien – wie die LINKE – schon in Selbstverpflichtung. Ein weiteres Arbeitsthema ist der rechtliche und politische Umgang mit sogenannten „Scheinkandidaturen“. Sandra Steck ■

Zur Weiterentwicklung der Beauftragtenstruktur in Thüringen

Wie können sich Bürgerinnen und Bürger verhalten, wenn sie Probleme mit Verwaltungen und Behörden haben? Wie können sie sich gegen gefühlte „Beamtenwillkür“ wehren? Auf welchem Weg wenden sich Bürgerinnen und Bürger an die Thüringer Beauftragten? Inwiefern können die Beauftragten helfen? Wie kann die bestehende Beauftragtenstruktur in Thüringen weiterentwickelt werden?

Viele Fragen, auf die die Koalitionsfraktionen im Thüringer Landtag Antworten und Lösungen finden wollen. Daher gab es am 22. November einen gemeinsamen Erfahrungsaustausch, an dem auf Einladung der Fraktionen auch Ministerpräsident Bodo Ramelow teilgenommen hatte. Die Sicht aus der Staatskanzlei heraus und die Vorstellungen der Parlamentarier zusammenzuführen ist für eine effektivere Beauftragtenstruktur in Thüringen zwingend notwendig.

Die Linksfraktion hat die im Koalitionsvertrag vereinbarte Überprüfung des Thüringer Beauftragtenwesens durchgeführt und mögliche Handlungsmaxime erarbeitet. Dabei soll darauf geachtet werden, dass die Beauftragten eine effizientere und effektivere Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger leisten können. Ziel ist es, eine bürgerna-



he, bürgerfreundliche Verwaltung zu gewährleisten. Dazu gehört auch, dass Bürgerinnen und Bürger in leichter Sprache mit den Verwaltungen kommunizieren können. Letztendlich können und sollen die Beauftragten als Boten und Vermittler zwischen den Verwaltungen und den Bürgern agieren. Karsten Melang ■

Im Foto (von links): Die SPD-Landtagsabgeordneten Oskar Helmerich und Claudia Scheerschmidt, die LINKE-Abgeordneten Ronald Hande und Ute Lukasch, Ministerpräsident Bodo Ramelow, Anja Müller, Sprecherin der Linksfraktion für Petitionen und Bürgerbeteiligung, und die Grüne-Abgeordnete Babet Pfefferlein ■